

Beschluss Solidarität mit der Ukraine!

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen auf das Schärfste den völkerrechtswidrigen und
2 menschenverachtenden Einmarsch Russlands in die Ukraine. Gemeinsam mit allen
3 demokratischen Kräften in Deutschland, Europa und aller Welt bekunden wir unsere
4 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und stehen an ihrer Seite. Unsere
5 Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg bereits gefordert hat und
6 noch fordern wird. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch den mutigen
7 Menschen der russischen Zivilgesellschaft, die sich unter der Gefahr der
8 Verhaftung und jahrelanger Haftstrafen offen gegen die Politik des Putin-Regimes
9 stellen.

10 Russische Bombardierungen und Raketenangriffe machen vor zivilen Einrichtungen,
11 Wohnhäusern, Theatern, Kliniken nicht halt. Vor allem die Küstenstadt Mariupol
12 gleicht nach Augenzeugen einem Trümmerfeld. Das sind Kriegsverbrechen, für die
13 sich Putin und seine Militärs werden verantworten müssen.

14 Als Bündnisgrüne stehen wir auf allen Ebenen für den Frieden und die Einhaltung
15 der Charta der Vereinten Nationen ein. Wir begrüßen die Resolutionen der
16 Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den Angriff verurteilen und Russland
17 auffordern, die Gewaltanwendung unverzüglich einzustellen. Nur 4 Staaten haben
18 neben Russland diese Resolutionen abgelehnt. Das zeigt die Isolation, in die
19 Präsident Putin sein Land getrieben hat.

20 Wir begrüßen die weltweite beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die
21 Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Ukraine hat nach Art.
22 51 der Charta der VN das Recht zur Selbstverteidigung, und wir stehen dazu, dass
23 es in dieser Lage angemessen ist, die Ukraine materiell und ideell dabei zu
24 unterstützen.

25 Wir begrüßen die seit langem überfällige Distanzierung der Landesregierung vom
26 Projekt Nordstream 2 und den Aktivitäten der zu dessen Unterstützung gegründeten
27 sogenannten „Stiftung für Klima- und Umweltschutz“. Wir fordern Vorstand und
28 Geschäftsführung der Stiftung auf, alle Tätigkeiten für die Stiftung
29 einzustellen und die zur Ruhigstellung des Widerstands gegen das Projekt
30 vorgesehenen Mittel der Stiftung, soweit sie bereits geflossen sind, nicht
31 auszugeben, bis ein Weg zur endgültigen Abwicklung der Stiftung gefunden ist.
32 Wir werden es nicht damit bewenden lassen. Wir fordern volle Transparenz über
33 alle Aktivitäten der Stiftung und die Hintergründe ihrer Gründung.

34 Innerhalb von wenigen Wochen hat dieser Krieg circa zehn Millionen Menschen
35 veranlasst, ihr Zuhause zurückzulassen. Zweidrittel davon halten sich im Inland
36 auf und werden von Landsleuten so gut es geht aufgenommen. Gut dreieinhalb
37 Millionen Menschen haben das Land verlassen. Wir sind froh über die riesige
38 Hilfsbereitschaft in Polen, Ungarn, Rumänien, der Slowakei und der
39 Moldaurepublik. Die Ukraine ist ein buntes Land, das sich unter anderem vielen
40 afrikanischen Studenten geöffnet hat. Wir wünschen uns deshalb, dass bei der

- 41 Hilfe keine Unterschiede nach Hautfarbe und ethnischer Herkunft gemacht werden.
42 Alle Kriegsflüchtlinge verdienen Unterstützung und Hilfe.
- 43 Wer vor Krieg und Gewalt flieht, ist bei uns willkommen. Wer Schutz sucht,
44 findet bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Sicherheit und, wenn gewünscht, auch
45 ein neues Zuhause. Die Hilfsbereitschaft im Land ist beeindruckend. Aber es wird
46 notwendig sein, diese bald mit professionellen Strukturen zu untersetzen bzw.
47 bestehende Hilfsstrukturen zu stärken, um Erschöpfung zu vermeiden. Der ersten
48 Hilfe nach der Ankunft muss über einen langen Zeitraum Beratung, Betreuung und
49 Integrationsunterstützung folgen. Dazu müssen Land und Bund Fördermittel weiter
50 aufstocken und Verwaltungsprozesse einfacher und transparenter machen. Auch bei
51 uns darf es keine Unterschiede zwischen ukrainischen Staatsbürger:innen und
52 Menschen aus Drittstaaten geben. Die Integration muss besser als in den
53 vergangenen Jahren Konfliktpotenziale im Blick haben. Wo es ukrainischen
54 Geflüchteten leichter gemacht wird, müssen Erleichterungen so gut es geht allen
55 Geflüchteten zugutekommen. Auch wenn die meisten Geflüchteten hoffen, bald
56 zurückkehren zu können, müssen insbesondere der Spracherwerb und Kontakte zur
57 unmittelbaren Wohnumgebung unterstützt werden.
- 58 Das sichere Leben im eigenen Land kann all das nicht ersetzen. Deshalb bleibt es
59 dabei: Die Souveränität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Putin muss die
60 Angriffe auf die Ukraine sofort einstellen und seine Truppen aus der Ukraine
61 zurückziehen. Das fordern wir mit mehr als Zweidrittel aller Staaten der Welt.
- 62 Frieden und Unabhängigkeit für die demokratische Ukraine!

Beschluss Europa sicherer machen

Gremium: Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 6. Aktuelle Debatte

Antragstext

- 1 Wir stehen solidarisch an der Seite der Bürger*innen der Ukraine. Der
2 mutwillige, völkerrechtswidrige und unentschuld bare russische Angriffskrieg ist
3 entsetzlich. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, die dieser Angriffskrieg
4 bereits gefordert hat und ihren Angehörigen.
- 5 Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriff auf Frieden, Demokratie und
6 Freiheit in Europa. Die Bundesregierung hat mit aller diplomatischer Kraft
7 versucht, diese Eskalation zu verhindern. Alle denkbaren nicht-militärischen und
8 präventiven Versuche wurden unternommen, unzählige Gespräche und persönliche
9 Besuche haben stattgefunden. Am Ende war es Putin, der die Gespräche abgebrochen
10 hat und mit seinem Einmarsch gewalttätig Fakten schafft.
- 11 Mit diesem Angriff hat sich die europäische Sicherheitslage grundlegend
12 verändert. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht verhandelbar, dass jedes Land ein
13 Recht auf vollständige außenpolitische Souveränität und ein unabdingbares Recht
14 auf Selbstverteidigung hat. Deutschland unterstützt die Ukraine daher nicht mehr
15 nur humanitär, sondern auch bei der Ausstattung mit dringend gewünschtem
16 Material, darunter Panzerabwehrwaffen und Boden-Luft-Raketen aus Beständen der
17 Bundeswehr. Diese Unterstützung ist richtig.
- 18 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV fordert fortwährende politische,
19 wirtschaftliche, finanzielle und humanitäre Unterstützungsmaßnahmen für die
20 Ukraine.
- 21 Gleichzeitig gilt unsere Solidarität und Unterstützung auch den mutigen Menschen
22 der russischen Zivilgesellschaft, die Frieden fordern und sich offen oder subtil
23 gegen die Politik der russischen Regierung stellen und dafür verfolgt werden.
24 Gerade jetzt ist es wichtig zu signalisieren, dass wir all diese Menschen mit
25 offenen Armen begrüßen und ihnen Zuflucht vor der rücksichtslosen und brutalen
26 Verfolgung des Putin-Regimes gewähren.
- 27 Darüber hinaus heißen wir all jene willkommen, die desertieren oder den
28 Wehrdienst verweigern. Es ist keine Schande, sondern menschlich, vor Krieg zu
29 flüchten.
- 30 Putin hat nicht nur die Ukraine angegriffen, sondern auch die europäische
31 Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit. Wiederholt verschiebt der russische
32 Präsident gewaltsam Grenzen in Europa. Im Zusammenhang mit dem Angriff auf die
33 Ukraine überzog Putin mehrere ost- und nordeuropäische Staaten mit
34 weitreichenden Drohungen.
- 35 Wir sind solidarisch mit unseren osteuropäischen NATO- und EU-Partnern und
36 tragen ihrem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis durch konkrete Maßnahmen im Rahmen
37 dieser Bündnisse Rechnung. Hierzu zählt unter anderem die Verstärkung ziviler
38 und militärischer Präsenz in den osteuropäischen Partnerstaaten.

39 Der Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Das hat Folgen für
 40 uns in Deutschland und in der EU. Wir sind somit gezwungen, unsere deutsche und
 41 europäische Außenpolitik zu diskutieren, um sie den neuen Realitäten anzupassen.
 42 Als Partei, deren Wurzeln auch in der Friedensbewegung liegen, streben wir eine
 43 Welt an, in der ab- und nicht aufgerüstet wird. Doch wir blicken nicht blind in
 44 diese Welt.

45 Der Angriffskrieg auf die Ukraine macht deutlich, dass wir signifikant in unsere
 46 Sicherheit investieren müssen. Die Grundlage hierfür muss ein umfassendes
 47 Sicherheitsverständnis sein, das Resilienz und Krisenfähigkeit mit militärischen
 48 Fähigkeiten gemeinsam betrachtet.

49 Zurzeit wird deutlich, wie sehr die Bundeswehr unter dem jahrzehntelangen
 50 Missmanagement im Beschaffungswesen und im Verteidigungsministerium gelitten
 51 hat. Sie verfügt nicht über genügend Material, um sich voll handlungsfähig zu
 52 zeigen. Eine angemessene Ausstattung, z.B. mit Schutzrüstung und Munition zur
 53 Gewährleistung der grundlegenden Verteidigungsfähigkeiten, sind überfällig.
 54 Deshalb begrüßen wir die aktuellen Bemühungen, Ausrüstungs- und Fähigkeitslücken
 55 zu schließen. Gleichzeitig muss das Beschaffungswesen dringend reformiert
 56 werden, damit investiertes Geld auch wirklich zu mehr Sicherheit führt.

57 Es liegt auf der Hand, dass eine Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung in
 58 enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnerländern erfolgen muss. Ausgaben
 59 müssen im europäischen Verbund besser miteinander abgestimmt werden, um in der
 60 gesamteuropäischen Verteidigung Lücken zu schließen und unnötige Doppelausgaben
 61 zu vermeiden.

62 Wir müssen uns als BÜNDNISGRÜNE zudem einer neuen Diskussion um die gemeinsame
 63 Außen- und Sicherheitspolitik der EU stellen.

64 Gleichzeitig ändert eine besser ausgestattete Bundeswehr für uns nichts am
 65 Primat der zivilen Außenpolitik und Krisenvorsorge. Daher müssen Diplomatie,
 66 humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
 67 ebenfalls gleichberechtigt gestärkt werden. Auch die Cybersicherheit werden wir
 68 viel stärker in den Blick nehmen müssen. Bereits in der Vergangenheit haben
 69 Hackerangriffe hierzulande gezeigt, dass unsere Fähigkeiten in der Abwehr von
 70 Cyberattacken ungenügend sind.

71 Investitionen in die energiepolitische Unabhängigkeit bedeuten immer auch einen
 72 Gewinn an Sicherheit. Die Energiewende stärkt unsere Position und muss so
 73 schnell wie möglich vorangetrieben werden. Russlands Deviseneinnahmen aus dem
 74 Export fossiler Rohstoffe haben die russische Aufrüstung mit ermöglicht und
 75 finanzieren einen relevanten Anteil des Krieges gegen die Ukraine.

76 Die Energiepolitik der Großen Koalition war fehlgeleitet und führte unter
 77 anderem zu der heute sichtbaren Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus
 78 Russland. Die neue Bundesregierung bringt nun zielgerichtete Maßnahmen auf den
 79 Weg, um so schnell wie möglich von Kohle, Öl, Gas wegzukommen und den Verbrauch
 80 schnell zu reduzieren. Energiesouveränität ist eine Frage der nationalen
 81 Sicherheit. Sie braucht eine nationale und europäische Kraftanstrengung. Auch
 82 auf Landesebene muss jetzt endlich die Handbremse bei den Erneuerbaren Energien
 83 gelöst werden. Mit zwei Prozent unserer Landesfläche für die Windkraft und einem
 84 Prozent für Solarenergie können wir innerhalb kürzester Zeit 100 Prozent
 85 Erneuerbare Energien in unserem Land realisieren.

86 Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Wochen
87 Beachtliches geleistet, um die geflüchteten Menschen aus der Ukraine willkommen
88 zu heißen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN danken allen haupt- und ehrenamtlich in der
89 Hilfe engagierten Menschen. Jetzt gilt es, schnellstmöglich die Landesstrukturen
90 für die Geflüchtetenaufnahme und Integration umfassend auszubauen.